



**Aktenzeichen: Pet 1-20-12-98-008730**

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 05.12.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

### **Begründung**

Mit der Petition wird ein Deutschlandticket gegen das "Tarif-Chaos" gefordert. Zur Begründung des Anliegens wird darauf verwiesen, dass der größte Vorteil des 9-Euro-Tickets darin gelegen habe, sich sorglos über Tarifgrenzen hinweg bewegt haben zu können. Es wird ein Vergleich zum Hessen-Ticket gezogen, das allerdings nur Beschäftigten des öffentlichen Landesdienstes und Schülerinnen und Schülern vorbehalten sei. Insgesamt sei eine weitere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verkehrsverbünden zwingend nötig, um Bürgerinnen und Bürgern den Erwerb eines verbundsübergreifenden Tickets zum üblichen Preis zu ermöglichen. Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 251 Mitzeichnungen und 51 Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann. Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Zunächst weist der Petitionsausschuss darauf hin, dass entsprechend der in Deutschland geltenden föderalen Struktur die Organisation, Finanzierung und Tarifgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen liegt. Dennoch unterstützte der Bund, wie die Einführung des Deutschland-Tickets zeigt, die Länder durch jährliche Zahlungen auf unterschiedlichen



Rechtsgrundlagen. So gleicht der Bund etwa die Hälfte der durch die Einführung dieses neuen Tarifangebots entstehenden finanziellen Nachteile aus.

Nach dem Erfolg des 9-Euro-Tickets sollte nach den Beschlüssen des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 2. November 2022 und 8. Dezember 2022 schnellstmöglich im Jahr 2023 ein digitales, deutschlandweit gültiges Deutschland-Ticket für den ÖPNV zu einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement eingeführt werden. Das Deutschland-Ticket soll den ÖPNV insgesamt günstiger, attraktiver und einfacher machen und soll die Länder dabei unterstützen, langfristig für attraktivere Angebote zu sorgen. Damit sollen noch mehr Menschen für den ÖPNV begeistert werden. Im Anschluss daran haben sich die Verkehrsministerinnen und –minister von Bund und Ländern am 27. Januar 2023 darauf verständigt, das Deutschland-Ticket zum 1. Mai 2023 einzuführen. Verkaufsstart war der 3. April 2023.

Vor dem Hintergrund, dass das bereits eingeführte Deutschland-Ticket die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger eröffnet, den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland nutzen zu können, unabhängig vom Bundesland, Verkehrsverbund oder Tarifgebiet, ist dem Anliegen der Petition entsprochen worden. Daher empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, da dem Anliegen entsprochen worden ist.